

A stylized world map composed of a grid of grey dots, with several dots highlighted in red to represent specific countries or regions.

Die (un)endliche Zähmung der russischen Gesellschaft

Russland 2011

REINHARD KRUMM

Februar 2012

- Russlands Elite hat ihr Volk unterschätzt, wieder einmal. Nach der offensichtlich manipulierten Dumawahl im Dezember 2011 fordert eine nicht geringe Anzahl von Bürgern politische Beteiligung ein. Diese Entwicklung macht deutlich, dass die Gesellschaft sich in den vergangenen Jahren dynamisch entwickelt hat. Der Staat konzentrierte sich allein auf Stabilität, die jedoch von den protestierenden Bürgern als Stillstand wahrgenommen wird.
- Die Regierung hat auf den Druck sofort reagiert. Politische Reformen, wie eine einfachere Parteienregistrierung und die Direktwahl der Gouverneure, sind versprochen. Diese Reaktion deutet auf eine hohe Verunsicherung des Staatsapparates hin, aber auch auf die Bereitschaft, mit dem für die Modernisierung so wichtigen »Neuen Bürger« im Gespräch zu bleiben.
- Außenpolitisch bleibt Russland schwer berechenbar. Auf der einen Seite stehen der Reset mit den USA sowie ein deutlich verbessertes Verhältnis mit Polen. Auf der anderen Seite jedoch gibt es Drohgebärden zur Raketenabwehr und Solidarität mit den Machthabern in Syrien. Russland strebt Stabilität, Sicherheit und Wohlstand an, ohne dabei seine internationalen Partner einzubeziehen.

Das Jahr im Überblick: »Wettstreit der Ideen«

Ein Stakkato von Schlagzeilen mussten Russlands Bürger vor genau 20 Jahren ertragen. Es war das Jahr Eins nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion, und die Unabhängige Zeitung titelte in großen schwarz-grauen Buchstaben auf schäbigem Papier: »Die Liberalisierung der Preise: Schlange stehen oder leben?«, »Das Warten auf eine soziale Explosion in Russland«, »Löhne und Preise: Wir leben wie vor 45 Jahren, vermutlich schlechter«, »Das System der Krankenversicherung in Russland kurz vor dem Zusammenbruch«.

Was so grimmig in Russland ausschaute, analysierte der Stanford-Professor Francis Fukuyama in seinem berühmten Artikel 1992 als das »Ende der Geschichte«. Gemeint war, dass die moderne Demokratie genügend Anreize bot, um jedes andere System zu dominieren. Der »kollektive Mensch«, den der Russland-Korrespondent William Henry Chamberlain 60 Jahre zuvor im Januar 1932 beschrieben hatte, schien begraben zu sein.

Für den neuen russischen Staat begann eine atemberaubende Zeit, in der er in kürzester Zeit einen Wettstreit der Ideen austrug, für den Resteuropa mehr als ein ganzes Jahrhundert benötigt hatte. Unter den Präsidenten Boris Jelzin (1991-2000), Wladimir Putin (2000-2008) und Dmitrij Medwedew (2008-2012) erlebte das Land den Kampf zwischen Liberalismus und Autokratie auf der einen Seite, Raubtierkapitalismus und einer Art Staatssozialismus auf der anderen Seite.

Die Gesellschaft versuchte sich zu arrangieren, es ging ums nackte Überleben. Nach den vielzitierten »Zeiten der Wirren« unter Jelzin, in den Anfangsjahren verbunden mit Pressefreiheit und freien Wahlen, brachte Putin Stabilität und wirtschaftliches Wachstum. Erst unter Medwedew kam der Bürger endlich zur Ruhe und nahm mit Wohlwollen das staatliche Angebot an, gemeinsam Russland voranzubringen, so initiiert von Medwedew in seinem Artikel »Russland vorwärts«.

Ihm stand keine Ideologie Pate, sondern er berief sich auf ein Politikverständnis, das sich in Westeuropa nach dem Zweiten Weltkrieg durchgesetzt hatte: Demokratie, gepaart mit sozialer Marktwirtschaft und einem Wohlfahrtsstaat. Es war eine Vision, die 2011 Anstoß gab für

eine Studie des Instituts für moderne Entwicklung mit dem programmatischen Titel »Die Gewinnung der Zukunft«. In 120 Punkten wurden die Reformschritte beschrieben, die für Russland unabdingbar seien, um ein stabiles und prosperierendes Land mit Einfluss in der Weltpolitik zu werden.

Doch die Machtelite traute ihrem Präsidenten nicht und initiierte einen Rollentausch. Aus dem Premier Putin wurde erneut ein Präsidentschaftskandidat und aus dem Präsidenten ein Premier in spe. Ein politisches Manöver, das der britische Wissenschaftler Richard Sakwa dramatisch als einen »Coup d'état« bezeichnete. Nach den Wahlen zur Duma im Dezember 2011, die nach Berichten der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) und russischer Beobachter von Manipulationen begleitet wurden, demonstrierten verärgerte Bürger auf zwei Großkundgebungen.

Diese Bürger sind die Hoffnung eines neuen Russlands. Man mag sie die »Neuen Bürger Russlands« nennen, die »kreative Mittelschicht« oder die »Generation M«, die für die Modernisierung eintritt. Geschichte könnten sie machen, indem sie erstmals in der russischen Geschichte die staatliche Zählung der Gesellschaft beenden. Sie sind nicht die Feinde des Staates, und dieser sollte begreifen, dass er von diesem Prozess nur gewinnen kann.

1. Innenpolitik: »Bürger sind kein Grund zur Panik«

»Unsere Gesellschaft im realen Zustand zu betrachten, mit allen ihren Möglichkeiten und Bedürfnissen – das ist jetzt gefordert.« Diese Worte könnten von Präsident Dmitrij Medwedew (46) stammen, oder von Premier Wladimir Putin (49). Denn der Anlass ist offensichtlich – das schwache Ergebnis der Regierungspartei Einiges Russland bei den Wahlen zur sechsten Duma am 4. Dezember 2011. Und vor allem die Reaktion des häufig als viel zu passiv geschmähten Volkes, das auf Kundgebungen im Zentrum Moskaus und in anderen Städten seinen Unmut über die Manipulationen der Wahl bekundete. Denn nach Meinung in- und ausländischer Experten hätte Einiges Russland noch schlechter abschneiden müssen, hätte es eine freie, gleiche und geheime Wahl mit ehrlicher Auszählung der Stimmzettel gegeben.

Doch tatsächlich hatte ein ganz anderer Staatsmann die ehrliche Einsicht formuliert, dass sein Staat die eigene Gesellschaft nicht kenne: Jurij Andropow, Generalsekretär der Kommunistischen Partei der Sowjetunion in einem Artikel in der Zeitschrift *Kommunist* vor knapp 30 Jahren. Trotz nachfolgender Perestrojka, trotz einer sagenhaften Transformation, trotz vieler soziologischer Untersuchungen trifft seine Aussage auch heute noch den Kern des Problems. Der russische Staat schaut mit Unbehagen auf seine Bürger, verwaltet sie, gibt ihnen erstaunliche Freiheiten, solange sie ihm vollständig die politische Macht übertragen. Bei Missachtung schlägt der Staat mit Hilfe eines fein gespannten Netzes von sich gegenseitig widersprechenden Gesetzen und Anordnungen unverhältnismäßig brutal zurück.

Doch weil die politische Elite der Russischen Föderation die Einsicht ihres wachen Entscheidungsträgers Andropows nicht ernst nahm, ist sie plötzlich mit einem sensationellen Sachverhalt konfrontiert: Die jahrhundertalte Zähmung seines Volkes scheint dem Staat erstmals zu entgleiten. Ja, 1917 beehrte das Volk auch auf, aber die neuen Machthaber züchtigten das Volk brutaler als ihre Vorgänger.

Diese Entwicklung des Jahres 2011 begann natürlich schon früher. 25 Jahre Perestrojka, Umbau, haben Wirkung gezeigt, und immer weniger Menschen in Russland trauern um den Zusammenbruch der Sowjetunion. Es ist eine Generation herangewachsen, die mit dem alten System nichts mehr verbindet, weil sie erst nach 1991 geboren wurde. Russland liegt in Europa auf dem ersten Platz bei der Zahl der Internetbenutzer. Mit knapp über 50 Millionen Menschen sind es ähnlich viele wie in Deutschland. Für sie ist der uralte Gesellschaftsvertrag – Abgabe der politischen Macht im Tausch gegen Stabilität, Reisefreiheit und einen geringen Wohlstand – nicht mehr gut genug. Sie wollen nicht mehr oder nicht weniger Staat, sondern einen besseren. Jetzt.

Initiator dieses historischen Prozesses war, vielleicht ungewollt, die Präsidentschaft Medwedews in den vergangenen vier Jahren. Seine programmatischen Reden haben Erwartungen geweckt. Und die auf Selbstgefälligkeit der politischen Elite und der gleichzeitigen Unmöglichkeit von drastischen Kontrollmaßnahmen beruhende Zurückhaltung des Staates ließ einen Bürgerprotest aufkommen, den Russland schon lange nicht mehr erlebt hat.

International rief das Time-Magazin den Demonstranten zum Mensch des Jahres 2011 aus, national kürten *Wedomosti* und das politische Journal *Ekspert* die beiden Politiker *Aleksej Nawalnyj* und *Michail Prochorow* zu den Personen des Jahres. *Nawalnyj* ist ein Kämpfer gegen die Korruption, *Prochorow* einer der reichsten Oligarchen des Landes. An ihrer Vita ist zu erkennen, dass die Protestbewegung in Russland, im Gegensatz zu dem oft bemühten Vergleich mit den Revolutionen in den arabischen Staaten, keine Systemopposition darstellt. Es fehlt das Bestreben, das gesamte politische Gerüst auszuwechseln zu wollen. Mit einem Augenzwinkern lästert der *Ekspert* in einer Glosse: »Bürger sind kein Grund zur Panik«.

Es sind die Vertreter der Generation M, die vor einigen Jahren von dem nach wie vor inhaftierten Geschäftsmann *Michail Chodorkowskij* als mögliche Initiatoren der Modernisierung so benannt wurden. Es sind Teile einer neuen Mittelschicht, die auf bis zu 30 Prozent der Bevölkerung geschätzt werden. Es sind ehemalige Politiker, die seit Jahren mit der politischen Entwicklung ihres Landes nicht einverstanden sind. Und es sind intellektuelle Kreise, die auf pfiffige Art die lähmende Stagnation des politischen Systems kritisieren. So zum Beispiel die Initiative »Bürgerdichter«, bei der die Kritik in Versform gebracht und öffentlich rezitiert wird. Aber auch nationalistisch gesinnte Demonstranten sind vertreten, die von einer Wiedergeburt eines großrussischen Reiches träumen.

Anlass der Bürgerproteste war das Projekt Wahlen 2011/2012. Am 4. Dezember 2011 fand der erste Teil statt, die Duma-Wahlen, und am 4. März 2012 ist der zweite Teil geplant, die Wahlen zum Präsidenten. Als auf dem Parteitag von Einiges Russland am 24. September Präsident *Medwedew* bekannt gab, für das Amt nicht erneut kandidieren zu wollen und stattdessen seinen Vorgänger *Putin* vorschlug, fühlten sich nicht wenige Bürger hintergangen. Denn während der offensichtlich politisch zu schwache *Medwedew* für Modernisierung stand, symbolisiert *Putin* Stabilität ohne Perspektive.

Das Wahlergebnis der Parlamentswahlen war unerwartet insofern, als die Regierungspartei Einiges Russland trotz staatlicher Unterstützung nur weniger als die Hälfte der Stimmen erhielt (49,3 Prozent), bei einer Wahlbeteiligung von 60,2 Prozent. Es folgten die Kommunistische Partei (19,2 Prozent), Gerechtes Russland (13,2 Prozent)

und die sogenannte Liberaldemokratische Partei (11,7 Prozent). Die tatsächlich liberale Partei Jabloko erhielt landesweit 3,4 Prozent, zog aber in das Stadtparlament von St. Petersburg ein.

Es folgten zwei große Demonstrationen mit weit über 100.000 Teilnehmern in Moskau am 10. und am 24. Dezember, die von ähnlichen Kundgebungen in vielen Städten Russlands begleitet wurden. Die Gesellschaft will endlich einen Dialog mit dem Staat. Die Teilnehmer forderten faire und freie Wahlen, auf Plakaten machten sie sich über Putin lustig. Eine solche Art des Protestes wäre vor vier Jahren, also nach den letzten Wahlen, die ebenso von Vorwürfen der Manipulation begleitet wurden, unmöglich gewesen. Sogar die Russisch-Orthodoxe Kirche, eigentlich ein enger Verbündeter des Staates, ließ durch Patriarch Kirill wissen, dass die Gesellschaft das Recht habe, sich zu Missständen zu äußern.

Der einflussreiche Chefredakteur der Unabhängigen Zeitung Konstantin Remtschukow konstatiert, dass Russland am Scheideweg stehe. Wahrlich nicht zum ersten Male. Und er rät dem Premier Putin als ehemaligen Geheimdienstmann, sich dem Internet zu widmen, um die Stimmung in der Gesellschaft zu begreifen. Der eifrige Blogger Medwedew reagierte sofort und kündigte politische Reformen an.

Zum einen soll die Registrierung neuer Parteien vereinfacht, zum anderen sollen Gouverneure nicht nur von der Zentralmacht ernannt werden. Eine Reizfigur der politischen Opposition, die graue Eminenz der russischen Politik in den vergangenen zehn Jahren wird seinen Arbeitsplatz als stellvertretender Leiter der Präsidentschaftsadministration aufgeben: Wladislaw Surkow wechselt in die Regierung, um Vizepremier für Modernisierung und Soziales zu werden. Und schließlich soll ein öffentlich-rechtliches Fernsehen eingeführt werden als Antwort auf ein kaum zu konsumierendes, weil kontrolliertes Medium.

Ist das die Antwort auf den weitsichtigen Artikel eines sowjetischen Generalsekretärs, der genau wie Putin einst dem Geheimdienst vorsah? Ist der russische Staat in der Lage einen Spagat zwischen Stabilität und Bürgerfreiheit zu schaffen, der bisher in der Geschichte des Landes nicht stattfand? Die Antwort darauf liegt in der Art und Weise der Durchführung der Präsidentschaftswahlen 2012 und in der dann folgenden Politik im Be-

reich Wirtschaft und Soziales. Dem neuen Präsidenten tut sich somit eine Jahrhundertchance auf.

2. Außen- und Sicherheitspolitik: »Was will Russland?«

»Was will Russland?«, lautete die Überschrift eines Artikels in der Zeitschrift *Russia in Global Affairs*, dem russischen Ableger der vielgelesenen US-amerikanischen *Foreign Affairs*. Gemünzt war die Frage auf die Außenpolitik, und sie treibt die Regierungen vieler Länder um. Weder kann von einer reinen Blockadepolitik gegenüber dem Westen gesprochen werden, zu gut verläuft der Reset mit den USA, zu gut die Zusammenarbeit mit der Nato in Afghanistan, noch von einer neuen Bündnispolitik mit dem Westen, zu abstrus die Nahostpolitik Russlands, insbesondere gegenüber Syrien, zu unklar das Verhältnis zum Iran.

Während der Präsidentschaft Medwedews hat sich das Verhältnis Russlands zum Westen deutlich entspannt. Zum einen mit den USA, zum anderen zu den osteuropäischen EU-Ländern. Inzwischen besteht Polen darauf, vor den USA mit Russland einen Neustart der Beziehungen begonnen zu haben und preist den Erfolg. Die Beziehungen zu den baltischen Staaten haben sich beruhigt, ebenso wie die zu Großbritannien, die aufgrund prominenter russischer Asylsuchender heikel sind. Entlastung für Deutschland, den oft kritisierten Russland-Versteher.

Doch für Irritationen sorgen Aussagen des Präsidenten zum amerikanischen Raketenabwehrsystem in Europa. Russland sieht es als eine Bedrohung an, und im November drohte Medwedew, im Falle einer Realisierung werde Russland entsprechend antworten, nämlich mit der Aufstellung von Raketenstellungen im Gebiet Kaliningrad, sehr zum Ärger Polens.

Da verwundert es wenig, dass der Anteil der Verteidigung am Staatshaushalt wächst. Waren es im Jahre 2009 noch 12,3 Prozent, so sind im Haushalt 2012-2014 für das letzte Jahr 18,8 Prozent geplant. Dieser Anstieg war mit ein Grund für den hochgelobten Finanzminister Alexej Kudrin (51), seinen Posten aufzugeben. Zu waghalsig erschien ihm die Aufstockung in Krisenzeiten. Doch anders war der neue Vizepremier Dmitrij Rogosin (50), zuständig für den militärischen Industriekomplex,

wohl nicht in die Regierung einzubinden. Der bisherige Nato-Botschafter Russlands ist bekannt für seine markigen anti-westlichen Äußerungen.

Im Gegensatz zu den verbesserten Beziehungen gegenüber westlichen Ländern haben sich Verbindungen zu den Staaten der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) kaum entspannt. Allein die Eurasische Union mit Kasachstan und Belarus könnte als Ausnahme gewertet werden. Im November unterzeichneten die drei Präsidenten einen Vertrag über die Bildung der Eurasischen Wirtschaftskommission. Die Allianz, so die übereinstimmende Erwartung der Gründer, werde nicht schlechter sein als die Europäische Union. Zum 1. Januar 2012 gibt es einen gemeinsamen Wirtschaftsraum. Doch es ist mehr die wirtschaftliche Notwendigkeit denn die Freundschaft, die die drei Länder aneinander bindet. Ironisch titelte die Tageszeitung Kommersant: »Vorwahlintegration«. Denn Premier Putin nutzte den Anlass vor den Duma-Wahlen, um Russland als eurasisches Land zu beschreiben.

Das ist schon aufgrund seiner Größe, die sich auf zwei Kontinente verteilt, eine richtige Aussage. Und es finden auch immer mehr russische Studenten Gefallen daran, in China zu studieren. Nach dem Wegfall ernsthafter ausländischer Feinde versucht Russland, seine neue Aufgabe in der Weltpolitik zu finden – Möglichkeiten und Herausforderungen statt Bedrohung. So etwas hat es in der russischen Geschichte noch nicht gegeben. So ist die Frage, was Russland will, recht einfach zu beantworten, denn die Ziele unterscheiden sich wenig von denen der EU oder der Nato-Länder: Stabilität, Sicherheit und Wohlstand.

Gleichwohl hat das Jahr 2011 Russland seine Schwächen aufgezeigt. Russland sonnt sich als Mitglied der BRIC-Länder, doch auch die können keine Blaupause internationaler Integration aufzeigen. Die EU und die Nato sind davon überzeugt, dass es ohne Russland keine nachhaltige Sicherheit für Europa geben kann. Russland sieht das ähnlich. Doch es fehlt an gegenseitigem Vertrauen.

3. Wirtschaft: »Schnellere Modernisierung notwendig«

Geschafft. Nach 18 Jahren langwieriger Verhandlungen hat Russland das Protokoll zum Beitritt in die Welthandelsorganisation (WHO) im Dezember unterschrieben.

Innerhalb von 220 Tagen muss das Dokument ratifiziert werden. Danach steht Russland eine weitere Mitgliedschaft offen, die in der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD). Und auch das Partnerschafts- und Kooperationsabkommen mit der EU sollte nun zu verabschieden sein.

Der durchschnittliche Einfuhrzoll wird von 10,3 auf 7,1 Prozent verringert. Für einige Industriezweige ist eine Übergangsperiode geplant, so für die Automobilindustrie bis 2018. Geschützt werden soll der einheimische Markt, vor allem das Unternehmen Awtowas, das die Lada-Modelle produziert. Durch den WHO-Beitritt, der Ende 2012 wohl in Kraft treten wird, ist Russland vollständig in den globalen Wirtschaftskreislauf integriert.

Mit allen Vorteilen, aber auch mit allen Nachteilen. Denn die instabile Lage der Weltwirtschaft macht es für Russland nicht einfach, eine nachhaltige Wirtschaftsentwicklung zu planen. Zumal das Land weiterhin stark vom Verkauf von Erdgas und –öl abhängig ist. Die Weltbank schreibt in ihrem letzten Bericht deshalb von »zunehmenden Risiken« der russischen Wirtschaft, die OECD rät in ihrer Dezember-Analyse, dass eine »schnellere Modernisierung notwendig« sei: »Russland nutzt noch nicht voll die Wachstumsmöglichkeiten aus, die es aufgrund der Bodenschätze und des hohen Ausbildungsgrads der Bevölkerung hat.«

Zwar sorgt der hohe Erdölpreis von über 100 US-Dollar pro Barrel weiterhin für Leistungsbilanzüberschüsse. Dem gegenüber steht eine ansteigende Kapitalflucht: Bis Ende November flossen 84,5 Milliarden US-Dollar aus Russland ab. Allein im vierten Quartal verließen mehr Gelder das Land (37,8 Milliarden Dollar) als im Jahr 2010 insgesamt (33,6 Milliarden Dollar). Den Hauptanteil daran trug der Bankensektor. Gründe waren ein schlechtes Investitions- und Geschäftsklima, bedingt durch staatliche Einmischung in die Belange der Wirtschaft, Korruption und eine schwach ausgeprägte Rechtssicherheit.

Positiv zu verzeichnen ist, dass Russland eines der wenigen Länder ist, das mit seinen internationalen Reserven von über 515 Milliarden US-Dollar (Mitte November 2011) in etwa seine gesamten Auslandsschulden (519 Milliarden US-Dollar) decken kann. Zudem wurde ein Überschuss des Haushalts von 0,8 Prozent des BIP erwirtschaftet. Dabei liegt die Inflationsrate bei knapp acht Prozent. Die neuntgrößte Wirtschaftsmacht der

Welt, so das britische Centre for Economics and Business Research, könnte im Jahr 2020 auf Rang vier angekommen sein, vor Deutschland (Rang 7), Brasilien (Rang 5) und hinter den USA, China und Japan. Im Jahr 2011 hat das Land die schwere Rezession von 2009 (- 7,8 Prozent) nach zwei Jahren mit einem jeweiligen Wachstum von etwa vier Prozent wettgemacht. Die OECD lobt, dass »Russland im Vergleich zu anderen OECD-Ländern kein Außenseiter ist«.

Die Arbeitslosenquote lag im Sommer 2011 bei moderaten 6,5 Prozent. Dabei variiert die Quote von Region zu Region, mit zum Teil riesigen Unterschieden. Während sie in Moskau gerade einmal 1,6 Prozent beträgt und in St. Petersburg 2,6 Prozent, so liegt sie in den nordkaukasischen Republiken bei über 40 Prozent. Diese Zahlen sind der Ausdruck von ganz unterschiedlichen strukturellen Faktoren. Je besser das Investitionsklima, je höher die ausländischen Direktinvestitionen und die Anzahl der klein- und mittelständischen Betriebe, desto niedriger die Arbeitslosenquote.

Deutschland liegt bei den akkumulierten ausländischen Investitionen, die sich im September auf 323 Milliarden US-Dollar beliefen, mit 29,8 Milliarden (Anteil von 9,2) auf Rang vier, hinter Zypern (oftmals Unternehmen russischer Eigentümern) mit 21,4 Prozent, den Niederlanden mit 14,3 Prozent und Luxemburg mit 10,8 Prozent.

4. Soziales: »Armut als Bedrohung«

Die Armutsrate in Russland hat sich in den vergangenen Jahren kontinuierlich verringert. Waren es 2006 noch 21,7 Millionen Menschen, 15,2 Prozent der Bevölkerung, so reduzierte sich die Zahl bis 2011 um 5,2 Millionen auf 11,6 Prozent. Doch zum einen hätte das hohe Wirtschaftswachstum bis zur Krise 2008 für mehr Fortschritt bei der Armutsbekämpfung sorgen müssen. Zum Anderen werden die seit Jahren stark ansteigenden Kosten für Wasser, Strom und Heizung, verbunden mit einer nicht geringen Inflation, wieder mehr Bürger in die Armut zwingen.

So machen sich die Autoren der wegweisenden Strategie »Russland 2020« Gedanken darüber, wie eine neue Sozialpolitik im 21. Jahrhundert aussehen könnte. Zu wenig von den für Sozialleistungen veranlagten Staats-

geldern erreicht die tatsächlich Bedürftigen. Und das, obwohl im Haushalt 2011 knapp ein Drittel genau dafür vorgesehen ist. Für Bildung sind es gleichwohl nur fünf Prozent, für Gesundheitswesen 4,2 Prozent. Unverhältnismäßig hoch hingegen die Ausgaben für Verteidigung (13,7 Prozent) und innere Sicherheit (11,2 Prozent).

Als eine mögliche Lösung des Problems wurde die erneute Teilung des Superministeriums Gesundheit / Soziales / Entwicklung diskutiert. Als Ergebnis soll es erneut ein Arbeitsministerium sowie ein Gesundheitsministerium geben, denen dann verschiedene Agenturen zur sozialen Sicherung angeschlossen werden. In der Regierung wird Vizepremier Surkow für den Bereich zuständig sein. Kritiker sehen in der formalen Lösung keinen Ausweg aus der Krise.

Das an Naturrohstoffen reiche Land versäumt es, die daraus resultierenden Einkommen annähernd gerecht zu verteilen. Die neuntgrößte Volkswirtschaft der Erde erreicht bei dem von der Uno entwickelten Human Development Indikator nur Platz 66. Der Gini-Koeffizient, der den Unterschied zwischen den reichsten und den ärmsten Bürgern eines Landes anzeigt (je kleiner der Wert, desto geringer der Unterschied), liegt nach Angaben der OECD bei miserablen 0,43. Zum Vergleich: Norwegen 0,25, OECD-Durchschnitt 0,31, Deutschland 0,34, Spanien 0,40 und USA 0,45.

Die Folgen für die Gesundheit sind unübersehbar. Nach Schätzung des Handbuches der CIA liegt die durchschnittliche Lebenserwartung in Russland gerade einmal bei 66,3 Jahren – im EU-Durchschnitt sind es 78,8 Jahre, in Deutschland 80 Jahre. Als Gründe sind die hohen Todesraten bei Krankheiten des Blutkreislaufes (684 Tote pro 100.000 Menschen), bei Infektionskrankheiten (22,4 Tote pro 100.000 Menschen) und bei Verkehrsunfällen (20 Tote pro 100.000 Menschen) anzuführen. Zum Vergleich die Zahlen in Deutschland: 217, 10, 5.

So ist es wenig verwunderlich, dass die Unzufriedenheit der Bevölkerung zugenommen hat. Dies gilt insbesondere für das Arbeitsleben. Während offiziell in den Jahren 2008 bis 2010 nur fünf Streiks registriert wurden, kommt eine vom Zentrum für soziales Arbeitsrecht und der FES in Auftrag gegebene Studie auf 573 Proteste.

Als Hauptgründe wurden vor allem die Forderung nach Auszahlung des rechtmäßigen Lohns angegeben, Er-



höhung des Lohnes und Schließung von Fabriken und Werken. Aufgrund der zunehmenden sozialen Ungerechtigkeit hat die Rolle der Gewerkschaften zugenommen. Neben der seit 1990 existierenden Föderation vergrößerte sich 2010 durch einen Zusammenschluss die Konföderation der Arbeit, die die meisten alternativen Gewerkschaften vereinigt.

Die Sozialpolitik ist in Russland zum entscheidenden Politikfeld geworden. Der Staat spürt die Unruhe in der Gesellschaft und reagiert. Zum einen reisten Präsident und Premier häufig in die Regionen, um soziale Konflikte zu entschärfen, zum anderen, so berichtete die Wirtschaftszeitung *Wedomosti*, sei der Haushalt 2012 so gestaltet worden, dass der vermutlich neue Präsident Putin umgerechnet fünf Milliarden Euro in seiner Kriegskasse haben wird, um sie für soziale Hilfsmaßnahmen und für die Unterstützung von Unternehmen einsetzen zu können.

5. Ausblick: »Zukunft der Geschichte«

Nach dem Wettstreit der Ideen in Russland ist eine Debatte entstanden, die sich kaum unterscheidet von der in westlichen Staaten: Wie soll das Miteinander von Staat und Gesellschaft in den kommenden Jahren geregelt werden? Mehr Staat oder weniger, mehr freie Marktwirtschaft, oder weniger? Der Motor dieser Diskussion ist die Mittelklasse.

Erstaunlich, dass der Autor des »Endes der Geschichte« nun genau das Gegenteil propagiert, nämlich die »Zukunft der Geschichte«. Die glaubt Francis Fukuyama im Spannungsfeld zwischen einem zunehmend starken Staat und einem freien Markt zu erkennen, in der die Mittelschicht einen neuen Platz finden muss. Er endet seinen Artikel mit den Worten: »The alternative narrative is out there, waiting to be born.« Besser kann man die Herausforderungen für Russland nicht beschreiben.



Über den Autor

Reinhard Krumm ist Leiter der Friedrich-Ebert-Stiftung in der Russischen Föderation.

Impressum

Friedrich-Ebert-Stiftung
Internationaler Dialog | Referat Mittel- und Osteuropa
Hiroshimastraße 28 | 10785 Berlin | Deutschland

Verantwortlich:
Dr. Ernst Hillebrand, Leiter Referat Mittel- und Osteuropa

Tel.: ++49-30-26935-6 | Fax: ++49-30-26935-9250
<http://www.fes.de/international/moe>

Bestellungen:
info.moe@fes.de

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung.



ISBN 978-3-86498-055-8